

Erfolgreich verhindert

Beinahe wären Pro Familia und Verbündete erfolgreich gewesen. Doch nachdem der Bundesrat die Zustimmung verweigerte, hat das Gesundheitsministerium seine Pläne vom Tisch genommen. Die »Pille danach« bleibt rezeptpflichtig.

Von Bernward Büchner

In zahlreichen Ländern ist sie bereits rezeptfrei zu haben, die »Pille danach«, nicht zu verwechseln mit der Abtreibungspille Mifegyne. Für die International Planned Parenthood Federation (IPPF) und deren deutsches Mitglied Pro Familia gebieten es die in den Rang von Menschenrechten erhobenen »sexuellen und reproduktiven Rechte«, den Zugang zu dieser Pille durch rezeptfreie Abgabe weltweit zu erleichtern.

VERSTOSS GEGEN DIE SCHUTZPFLICHT DES STAATES

In Deutschland waren entsprechende Bemühungen von Pro Familia bereits weit gediehen. Im Juli 2003 hatte das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die Entlassung der »Pille danach«, das heißt von Arzneimitteln, die das Gestagen Levonorgestrel enthalten, aus der Rezeptpflicht befürwortet. Im Dezember 2003 veranstalteten der Landesverband Berlin von Pro Familia sowie das Familienplanungszentrum Berlin mit Unterstützung der Bundesanstalt für gesundheitliche Aufklärung im Berliner Abgeordnetenhaus eine Tagung »Pille danach – rezeptfreie Vergabe in Deutschland«. (Vgl. LebensForum Nr. 69 S. 21ff)

In einem Offenen Brief an die politischen Entscheidungsträger machten sich die Teilnehmer dieser Tagung »mehrfachheitlich« die Forderung der Veranstalter zu eigen. Mädchen und Frauen müssten selbst entscheiden können, welche Form der »Nachverhütung« sie wählen wollten. Die Pille danach in die Nähe der Abtreibung zu rücken, sei weder ethisch noch medizinisch haltbar. Sie trage vielmehr dazu bei, die Zahl der ungewollten Schwangerschaften und damit auch der Abtreibungen zu reduzieren. Gynäkologinnen aus Frankreich und Schweden hatten allerdings bei der Tagung referiert, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in diesen Ländern sei seit der rezeptfreien

Abgabe der »Pille danach« nur geringfügig zurückgegangen.

Mit der Bezeichnung der »Pille danach« als Mittel der »Nachverhütung« wird der falsche Eindruck erweckt, diese Pille wirke lediglich empfängnisverhütend. Offenbar soll darüber hinweggetäuscht werden, dass mit Hilfe der in der »Morning-after-pill« enthaltenen Substanzen die Einnistung (Nidation) einer bereits befruchteten Eizelle in der Gebärmutter - mit tödlicher Wirkung für den Embryo im Frühstadium seiner Entwicklung - verhindert werden kann. In den gebräuchlichen Lehrbüchern der Gynäkologie und Geburtshilfe ist dies leicht nachzulesen.

dem – nicht anders als dem künstlich gezeugten in der Petrischale – bereits Menschenwürde und Lebensrecht zu-

»Neben- und Wechselwirkungen der »Pille danach« sind erheblich.«

Ina Lenke (FDP) in einer Pressemitteilung

kommen. Angesichts des Schutzes des künstlich gezeugten Embryos durch das Embryonenschutzgesetz wäre die Zulassung erst recht einer rezeptfreien Abgabe der »Pille danach« inkonsequent und ein

Die Pille danach



Niederlage für die Abtreibungslobby: Die frühabtreibenden »Pille danach«-Präparate Duofem von Hexal und Tetragynom von Schering bleiben rezeptpflichtig.

Weil ihre Wirkung bereits vor Abschluss der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter eintritt, gilt die Einnahme der »Pille danach« zwar nicht als Schwangerschaftsabbruch im Sinne des Gesetzes (§ 218 Absatz 1 Satz 2 Strafgesetzbuch). Soweit sie dessen Nidation verhindert, tötet sie jedoch den Embryo,

Verstoß gegen die Schutzpflicht des Staates, die ihm auferlegt, sich schützend vor das Leben Ungeborener zu stellen und seinen rechtlichen Schutzanspruch »im allgemeinen Bewusstsein zu erhalten und zu beleben« (Bundesverfassungsgericht).

Das Bundesministerium für Gesundheit war gleichwohl bereit, den Forderungen

gen von Pro Familia und anderen nachzukommen und die hierfür nach dem Arzneimittelgesetz erforderliche Rechtsverordnung zu erlassen. Hierfür bedurfte es allerdings der Zustimmung des Bundesrates, der sich jedoch in seiner Mehrheit den gegen das Vorhaben des Ministeriums vorgebrachten Bedenken angeschlossen hat.

BUNDESVERBAND LEBENSRECHT ZEIGTE SCHWERE GESUNDHEITLICHE RISIKEN AUF

In einem Schreiben an die Ministerpräsidenten der Bundesländer hatte der Bundesverband Lebensrecht (BVL) über den Hinweis auf die Schutzpflicht des Staates für das menschliche Leben hinaus schwere gesundheitliche Risiken aufgezeigt. Die »Pille danach« enthält nämlich eine Hormondosis, die mehrfach höher ist als diejenige herkömmlicher Kontrazeptiva. Aufgrund dessen wird dem Organismus der Frau wegen der bloßen Möglichkeit des Eintritts einer Befruchtung nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr eine hormonelle Belastung zugemutet, deren Risiken und Nebenwirkungen besonders bei jungen Frauen keineswegs zu vernachlässigen sind. Eine nur durch die Rezeptpflicht gewährleistete ärztliche Aufklärung hierüber erscheint unverzichtbar. Ferner stünde zu befürchten, dass die Möglichkeit des rezeptfreien

»Mit der erforderlichen Zustimmung des Bundesrates ist nicht zu rechnen.«

Bundesministerium für Gesundheit

Erwerbs der »Pille danach« die Bemühungen um eine verantwortliche Empfängnisverhütung vor dem Geschlechtsverkehr insbesondere bei jungen Menschen deutlich erschweren würde.

Die von den Lebensrechtlern erhobenen Bedenken werden auch von Vertretern der Ärzteschaft vielfach geteilt. Die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Ina Lenke beispielsweise bezeichnete die »Pille danach« als ein ernst zu nehmendes Medikament, das sehr stark den Hormonhaushalt der Frau beeinflusse. Die Neben- und Wechselwirkungen des Präparats seien erheblich. Deshalb sei eine ärztliche Beratung und Überwachung der Einnahme unerlässlich. Ferner warnte die Präsidentin des Ärztinnenverbandes Astrid Buehren vor der Unterschätzung der gesundheitlichen

Folgen der »Pille danach«. Es wäre das erste Hormonpräparat, das freigestellt würde.

In einer dem Bundesverband Lebensrecht vorliegenden Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Dr. Maria Flachsbarth (CDU) vom 5. November 2004 hat das Bundesministerium für Gesundheit inzwischen mitgeteilt, die Entlassung Levonorgestrelhaltiger Arzneimittel aus der Verschreibungspflicht sei »derzeit nicht in Aussicht genommen, da nicht mit der erforderlichen Zustimmung des Bundesrates zu rechnen ist.« Nach einem Schreiben des Bundeskanzleramts an den Bundesverband Lebensrecht vom 17. Dezember 2004 hat die Bundesregierung die Anregung eines Expertengremiums, die Arzneimittel zur Notfallkonzeption aus der Verschreibungspflicht herauszunehmen, »geprüft, aber nach enger Abstimmung mit den Bundesländern nicht aufgegriffen.« Nach einem Beschluss des Bundesrates vom selben Tag werde es nicht zu einer Änderung der Rechtslage kommen.

DIE FEIER ENTFÄLLT, DIE MEDIEN SCHWEIGEN

Erstaunlicherweise ist das für Pro Familia und seine Verbündeten enttäuschende Ergebnis ihres Bemühens bisher zu den Medien anscheinend nicht vorgezogen. Hätte die in der Presse vielfach berichtete und wohlwollend kommentierte Initiative Erfolg gehabt, wäre dies gewiss längst als wichtiger Schritt zur vollständigen Anerkennung eines »Menschenrechts auf sexuelle und reproduktive Gesundheit« gefeiert worden. Da es nun aber nichts zu feiern gibt, wird offenbar vorgezogen, die Sache still zu beerdigen.

Der Beitrag erschien zuerst am 27. Januar 2005 in: Die Tagespost, S. 9

IM PORTRAIT

Bernward Büchner

geb. 1937, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, inzwischen im Ruhestand, ist seit 1985 Vorsitzender der Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V.



(JVL) sowie seit 2002 stellvertretender Vorsitzender des Bundesverband Lebensrecht (BVL). Büchner ist Mitglied der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) und der Christdemokraten für das Leben (CDL).

KURZ & BÜNDIG

»Pille danach«-Hotline eingerichtet

Rechtzeitig zum Straßenkarneval hat die Organisation Pro Familia eine Telefon-Hotline für die »Pille danach« eingerichtet. Für 12 Cent pro Minute erhalten Anrufer rund um die Uhr (Des)Informationen über das frühabtreibende Präparat. Die automatischen Ansagen können auf Deutsch, Türkisch, Englisch und Russisch abgerufen werden. Damit solle, so Pro Familia, »sicher gestellt werden, dass MigrantInnen in gleichem Maße von dem neuen Service profitieren«. Mit der Hotline will Pro Familia das als »Methode der Nachverhütung« verharmloste Präparat nach eigenen Angaben »bekannt machen« und »der Forderung nach rezeptfreier Abgabe Nachdruck verleihen.« *reh*

Clinton lobt sexuelle Enthaltensamkeit

US-Senatorin Hillary Clinton hält die von den Republikanern propagierte sexuelle Enthaltensamkeit für geeignet, um die wachsende Zahl von Abtreibungen einzudämmen. Bei einer Rede in Albany, der Hauptstadt des Staates New York, äußerte sich die frühere »First Lady« lobend über »moralische und religiöse Werte«, die Jugendliche zum Verzicht auf den Geschlechtsverkehr ermunterten. »Wir unterstützen diese Programme, sie sind nicht nur intelligent, sondern auch gerechtfertigt.« Mitte Dezember hatte bereits der gescheiterte Präsidentschaftskandidat John Kerry seine Partei aufgefordert, sich kritischer mit dem Thema Abtreibung auseinander zu setzen. Die Demokraten müssten deutlicher machen, dass sie Abtreibungen nicht gut fänden und mehr Lebensrechtler in ihre Reihen aufnehmen. *reh*



Hillary Clinton

Planned Parenthood-Chefin tritt ab

Gloria Feldt, Präsidentin der weltweit größten Abtreibungsorganisation »Planned Parenthood« scheidet überraschend aus dem Amt. Dem Magazin »Newsweek« sagte Feldt, dies gehöre zur Strategie. Die Strategie der Abtreibungslobby gleiche einem Staffellauf: »Du machst Deine Runde und übergibst deinen Stab an den Nächsten. So funktioniert es.« Laut des aktuellsten Jahresberichts von Planned Parenthood erzielt die Organisation 34 Prozent ihrer Einnahmen durch Abtreibungen. Nur 17 Prozent sind private Spenden, der Großteil stammt aus Regierungsgeldern. *reh*